

Antrag

der Abgeordneten **Dr. Axel Gehrke, Dr. Robby Schlund, Detlev Spangenberg, Jörg Schneider, Paul Viktor Podolay, Jürgen Braun, Udo Theodor Hemmelgarn, Ulrich Oehme, Dr. Heiko Wildberg, Dr. Christian Wirth, Marc Bernhard, Peter Boehringer, Stephan Brandner, Marcus Bühl, Matthias Büttner, Petr Bystron, Dr. Götz Frömming, Lars Herrmann, Karsten Hilse, Martin Hohmann, Jörn König, Enrico Komning, Jens Maier, Andreas Mrosek, Tobias Matthias Peterka, Uwe Schulz, Thomas Seitz, Dr. Dirk Spaniel, Dr. Harald Weyel** und der Fraktion der AfD

Zahl der freiwilligen Organspender in Deutschland erhöhen – Spendenbereitschaft als Ehrenamt anerkennen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Nach dem historischen Tiefststand im Jahr 2017 sind die Organspenderzahlen in Deutschland 2018 wieder leicht gestiegen. Es besteht aber weiter ein Missverhältnis zwischen der Zahl der Spender in Deutschland und der Zahl der auf ein Spenderorgan wartenden Kranken.

Leidtragend sind ca. 10.000 Menschen, die in Deutschland auf ein Spenderorgan warten. Ein Drittel von ihnen schafft es nicht bis zur lebensrettenden Organtransplantation.

In Deutschland wartet ein Patient zum Beispiel im Durchschnitt etwa acht bis zehn Jahre auf eine neue Niere, in vielen Nachbarländern nur zwei.¹

Nur bei 12 bis 14 Prozent der Deutschen liegt gemäß der Deutschen Stiftung Organtransplantation (DSO) im Ernstfall ein vollständig ausgefüllter Organspenderausweis vor.²

Um die Überlebenschancen der Kranken zu verbessern, ist es sinnvoll, die Organspendebereitschaft der Bürger insgesamt zu erhöhen.

¹ www.aerzteblatt.de/nachrichten/99007/Deutsche-Transplantationsmediziner-fordern-Kehrtwende-bei-Organ Spenden.

² www.bayerische-staatszeitung.de/staatszeitung/politik/detailansicht-politik/artikel/die-wahren-gruende-der-spendernot.html.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

die nachgewiesene freiwillige Bereitschaft zur Organspende als Ehrenamt anzuerkennen und ein diesbezügliches altruistisches Engagement bundesweit als Zeichen des Dankes und der Anerkennung durch geeignete Maßnahmen zu fördern. Denkbar wären öffentliche Ehrungen, Urkunden oder Ehrennadeln oder die Ausweitung der Berechtigung auf bereits jetzt schon in den verschiedenen Bundesländern ausgegebene Ehrenamtskarten, deren Inhaber zum Beispiel Preisnachlässe beim Kauf von Waren, Dienstleistungen oder Eintrittskarten erhalten.

Berlin, den 8. Januar 2019

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion